



Juni 2005

## Politische Instabilität in Sri Lanka

Astrid Becker, FES Colombo

- Die nationalistisch-singhalesische Partei JVP hat in Sri Lanka die regierende Koalition in der Nacht zum 16. Juni 2005 unter Protest verlassen, nachdem die Regierung einem von ihr gestellten Ultimatum nicht nachgab.
- Nach Angaben der Präsidentin Kumaratunga kann die Regierung auch ohne die JVP als Minderheitsregierung weiterregieren. Gleichzeitig häufen sich Spekulationen über Neuwahlen nach dem Bruch der Regierungskoalition.
- Streitpunkt ist die Einrichtung eines ‚Joint Mechanism‘ zur institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der tamilischen Separatistenorganisationen LTTE zur Organisation von Hilfsmaßnahmen in den von der Flutkatastrophe betroffenen Gebieten.
- Der Druck zur Aufnahme von Gesprächen ist gewachsen, um nicht Teile der Bevölkerung im Norden und Nordosten von der Wiederaufbauhilfe abzuschneiden. Die JVP und singhalesisch-nationalistische Gruppen lehnen den Joint Mechanism jedoch ab, da er nach ihrer Ansicht ein entscheidender Schritt zur Teilung des Landes ist.
- Die Auseinandersetzungen entsprechen nicht der Stimmung in der Bevölkerung: über 70% befürworten die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen.
- Im Katastrophengebiet laufen die Beseitigung der Schäden und der Wiederaufbau schleppend. Parallel steigen die Preise für Benzin und Grundnahrungsmittel. Die Sicherheitssituation verschlechtert sich. Und ohne politische Stabilität rückt ein nachhaltiger Wiederaufbau zusätzlich in weite Ferne.

Sechs Monate nach der Tsunami-Katastrophe ist in Sri Lanka die Regierungskoalition gebrochen. Streitpunkt ist die Einrichtung eines ‚Joint Mechanism‘ zur institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der tamilischen Separatistenorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Der Tsunami zerstörte weite Teile des Küstenstreifens im Süden, Osten und Norden des Inselstaates. Besonders große Schäden richtete die Welle dabei im Norden und Osten an, wo ca. 70% der Opfer und über 60% der Schäden entstanden. Diese Gebiete, die bereits zuvor vom Bürgerkrieg heimgesucht wurden, werden zu großen Teilen von der LTTE kontrolliert. Nach der Unterzeichnung eines Waffenstillstands im April 2002 waren die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und LTTE im November

2003 ins Stocken geraten. Der von der LTTE im Juni 2003 vorgelegte Vorschlag über die Einrichtung eines Interim Self Governing Authority (ISGA) stieß im Süden bei zahlreichen Parteien auf große Ablehnung und wurde als erster Schritt zur Teilung des Landes bewertet. Nach Wahlen im April 2004 konnten die Friedensverhandlungen nicht wieder aufgenommen werden, da innerhalb der Regierungskoalition von Sri Lanka Freedom Party (SLFP) von Präsidentin Kumaratunga und der nationalistisch-singhalesischen JVP kein Konsens über die weitere Vorgehensweise gegenüber der LTTE erzielt werden konnte.

### Joint Mechanism in der Diskussion...

Durch die Tsunami-Katastrophe ist jedoch der Druck zur Aufnahme von Gesprächen mit der

LTTE gewachsen, da nur gemeinsam der Wiederaufbau in den von der Separatistenorganisation kontrollierten Gebieten möglich scheint. Unter Vermittlung Norwegens begannen SLFP und LTTE Gespräche über eine Zusammenarbeit im Rahmen eines Joint Mechanisms. Genaue Informationen über den Vorschlag wurden der Öffentlichkeit bisher nicht zur Verfügung gestellt, auch innerhalb der Regierungskoalition wurden zunächst nur Vertraute von Präsidentin Kumaratunga über Details informiert. Im Rahmen des Joint Mechanism soll eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen der Regierung von Sri Lanka und der LTTE vereinbart werden. Nach den bisher vorliegenden Informationen sollen Gremien auf nationaler, regionaler und Distriktebene eingerichtet werden. Die Mitglieder des nationalen Komitees sollen von Regierung und LTTE nominiert werden, die regionalen Komitees im vom Tsunami betroffenen Küstengebiet sollen mehrheitlich mit LTTE-Vertretern besetzt werden. In den Komitees auf Distriktebene sollen politische Führer und Verwaltungsfachleute zusammenarbeiten. Die Zuständigkeit der Komitees soll sich auf die betroffenen Küstengebiete bis maximal zwei Kilometer landeinwärts im Norden und Osten beschränken. Die Zusammenarbeit im Rahmen des Joint Mechanism soll zunächst für ein Jahr befristet werden, eine Verlängerung ist danach in gegenseitigem Einverständnis möglich.

Verglichen mit dem ISGA-Vorschlag können die Vereinbarungen des Joint Mechanism durchaus als Fortschritt gewertet werden: Die ISGA soll nach Vorstellungen der LTTE den gesamten Nordosten des Inselstaates für zunächst fünf Jahre verwalten. Sollte bis dahin kein gegenseitiges Friedensabkommen geschlossen sein, wäre eine automatische Fortführung der Übergangsverwaltung vorgesehen. Die Einführung des Joint Mechanisms könnte daher neue Impulse für den Friedensprozess geben, allerdings gibt es Kritik von zahlreichen Seiten. Die JVP und verschiedene singhalesisch nationalistische Gruppen lehnen den Joint Mechanism ab, da er nach ihrer Ansicht ein entscheidender Schritt zur Teilung des Landes ist. Die JVP droht seit mehreren Wochen damit, die Regierungskoalition zu verlassen, sollte der Mechanism unterzeichnet werden. Einflussreiche Mönche der ebenfalls im Parlament vertretenen Jathika Hela Uru-

maya begannen in dieser Woche einen Hungerstreik gegen den Joint Mechanism. Nachdem einige Mönche mittlerweile auch das Trinken eingestellt haben und sich ihr physischer Zustand kontinuierlich verschlechtert, spitzt sich die Lage damit weiter zu und der Druck auf Präsidentin Kumaratunga steigt. Auch muslimische Gruppen, die im Osten die größte Minderheit stellen, üben Kritik am Joint Mechanism. Die LTTE hat in der Vergangenheit die Muslime vor allem im Osten massiv unterdrückt bzw. vertrieben, daher fordern die muslimischen Parteien nun, ebenfalls in den Komitees im Rahmen des Joint Mechanism mitarbeiten zu können, um ihre Interessen selbst zu vertreten.

Auf Ablehnung stößt der Joint Mechanism auch beim großen Nachbarn Indien: Kumaratunga reiste in der vergangenen Woche für zwei Tage nach Delhi, um die dortige Regierung zu informieren und Zustimmung für den Joint Mechanism zu erhalten. Die Inder kritisieren vor allem die ausschließliche Beteiligung der LTTE und fordern die Einbeziehung anderer unabhängiger tamilischer Gruppen wie der Partei EPDP. Auf Ablehnung stößt darüber hinaus, dass innerhalb des Joint Mechanism die LTTE direkten Kontakt mit ausländischen Gebern und Organisationen aufnehmen und damit Außenbeziehungen aufbauen könnte. Zudem würden für die Arbeit des Joint Mechanism bestehende Grenzen der LTTE-kontrollierten Gebiete anerkannt. Nachdem die LTTE bereits eigene Streitkräfte besitzt und in den vergangenen Jahren mit dem Aufbau einer eigenen öffentlichen Verwaltung begonnen hat, könnte nach Befürchtungen Indiens im Rahmen des Joint Mechanism der Aufbau eines unabhängigen Tamilenstaates in Sri Lanka gefördert werden. Dies will Indien mit allen Kräften verhindern, um Autonomiebestrebungen des indischen Bundesstaates Tamil Nadu entgegen zu wirken.

Befürwortet wird die Einführung des Joint Mechanism von Präsidentin Kumaratunga und der SLFP. Unterstützung konnte die Präsidentin darüber hinaus von verschiedenen kleineren Parteien wie dem einflussreichen Ceylon Workers Congress (CWC) oder der kommunistischen Partei erlangen. Die größte Oppositionspartei United National Party (UNP) hat zwar bisher keine direkte Unterstützung zugesagt, spricht sich jedoch für den Joint Mechanism aus.

### ... und politische Hintergründe

Die aktuelle Debatte um den Joint Mechanism darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das primäre Ziel der Präsidentin weiterhin eine Verfassungsreform zur Abschaffung der Exekutivpräsidentschaft ist. Kumaratunga selbst kann nach zwei Amtsperioden nicht wieder kandidieren und strebt daher an, nach einer Verfassungsreform als Premierministerin die Geschicke des Landes weiter zu lenken. Auch wenn die jetzige Regierung keine Mehrheit im Parlament hat, würde ein Bruch der Regierungskoalition jede Mehrheit für eine Verfassungsreform in weite Ferne rücken. Eine große Koalition zwischen SLFP und UNP scheint wenig aussichtsreich, auch wenn die SLFP und die UNP inhaltlich wesentlich mehr Gemeinsamkeiten haben als die aktuellen Partner der Regierungskoalition. Oppositionsführer Wickremesinghe wurde bereits von der UNP zum Präsidentschaftskandidaten benannt und hat wenig Interesse an einer Änderung des aktuellen politischen Systems. Sollte die JVP ihre Drohung, bei Abschluss des Joint Mechanism die Regierungskoalition zu beenden, wahr machen, bliebe Kumaratunga als Ausweg nur der Versuch, Unterstützung bei den tamilischen Parteien der Tamil National Alliance (TNA) zu suchen. Für die JVP könnte der vollzogene Schritt einen erheblichen Machtverlust bedeuten, da sie auf die Oppositionsarbeit reduziert wäre.

Für Kumaratunga wird die Zeit knapp, denn ihre zweite Amtszeit geht ihrem Ende entgegen. Über den Wahltermin gibt es jedoch unterschiedlichen Ansichten: Kumaratunga wurde 1999 in einer vorgezogenen Wahl in ihrem Amt bestätigt, damit müssten die nächsten Präsidentschaftswahlen zum Ende 2005 stattfinden. Kumaratunga beharrt jedoch darauf, dass erst ein Jahr später gewählt werden muss, da ursprünglich die vorherigen Wahlen ja erst 2000 hätten stattfinden sollen. Für juristische Laien ist die Situation nicht durchschaubar, Verfassungsrechtler beider Lager liefern sich seit Monaten juristische Expertisen, die beide Daten als vertretbar erscheinen lassen.

Seit Beginn der Woche häufen sich jedoch die Spekulationen über Neuwahlen. Die Präsidentin kann im Rahmen ihrer Kompetenzen das Parlament auflösen, allerdings ist fraglich, ob Neuwahlen ihr eine Parlamentsmehrheit garantieren können.

In der Bevölkerung besteht angesichts der drängenden Probleme des Landes durch den Tsunami und den Stillstand in den Friedensverhandlungen wenig Priorität für eine Verfassungsänderung. Kritisiert wird zudem, ob die für das ebenfalls notwendige Referendum einzukalkulierenden ca. acht Millionen US Dollar angesichts der Tsunamikatastrophe nicht besser für die Unterstützung der Flutopfer eingesetzt werden könnten. In den vergangenen Monaten sind die Preise für Benzin, Diesel, Gas, Transport und zahlreiche Grundnahrungsmittel kontinuierlich gestiegen, obwohl die Regierung mit dem Versprechen angetreten war, die Lebenshaltungskosten zu senken. Verschlechtert hat sich auch die Sicherheitssituation. In den vergangenen Wochen wurden zahlreiche Geheimdienstmitarbeiter von Regierung und LTTE ermordet, was zur Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen hat. Zu wiederholten Ausschreitungen kam es im Mai in Trincomalee, nachdem auf einem zentral gelegenen Platz eine kleine Buddhafigur durch eine 3 m hohe Statue ersetzt wurde. Obwohl hierzu keine Genehmigung vorlag, weigerte sich die verantwortliche buddhistische Gruppe, die Statue zu demonstrieren. Im mehrheitlich von Tamilen und Moslems bewohnten Trincomalee wurde dies als Affront gewertet. Obwohl mittlerweile ein Gerichtsbeschluss vorliegt, nach dem die Buddhastatue entfernt werden muss, sind bisher keine Schritte hierzu unternommen worden. Ein weiterer Gerichtsbeschluss wurde für den 15. Juni in Aussicht gestellt. Die LTTE hat als Protest gegen die Situation zu einem Generalstreik in Trincomalee und im gesamten Nordosten am 2. Juni aufgerufen, der weitgehend eingehalten wurde. Die LTTE bewertet die Vorfälle als Provokation und bezichtigt den Süden, einen neuen Krieg beginnen zu wollen.

Dies entspricht jedoch nicht der Stimmung in der Bevölkerung. In einer aktuellen landesweiten Umfrage des Center for Policy Alternatives befürwortet eine Mehrheit von mehr als 70% die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen. Auch innerhalb der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit sprechen sich 70% für Verhandlungen mit der LTTE aus. Die von nationalistisch singhalesischen Kräften wie JVP und JHU geführte Kampagne gegen jede Zusammenarbeit mit der LTTE scheint demnach nicht auf große Zustimmung zu stoßen. Allerdings fordert die Mehrheit der Befragten, dass

neben den Konfliktparteien andere Akteure, wie die Opposition und tamilische und muslimische Parteien beteiligt werden sollen. Unumstritten ist die Rolle eines internationalen Vermittlers, allerdings scheint in der Bevölkerung Indiens größere Aussichten eingeräumt zu werden als den zurzeit aktiven Norwegern.

### **Aktuelle Tsunami-Hilfe**

Für den Wiederaufbau nach der Tsunami-Katastrophe sagte die internationale Gemeinschaft während eines Development Forums in Kandy Mitte Mai umfassende finanzielle Unterstützung zu. Insgesamt drei Milliarden US Dollar sollen in den nächsten Jahren zur Verfügung gestellt werden, davon 95% als nicht rückzahlende Hilfe. An den Mittelfluss wurden keinerlei Vorbedingungen geknüpft, allerdings bekräftigten viele Geber ihr Interesse an der Einführung des Joint Mechanism.

Im Katastrophengebiet selbst laufen die Beseitigung der Schäden und der Wiederaufbau schleppend. Die Ursachen sind vielfältig: so besitzt die für den Wiederaufbau einberufene Task Force for Rebuilding the Nation (TAFREN) ausschließlich Koordinierungsfunktion, hat aber keine Weisungsbefugnis den Sektorministerien gegenüber. Wie von TAFREN selbst zugegeben werden musste, führt dies insbesondere im Bereich Fischerei zu Problemen. Die extreme Zentralisierung von Wiederaufbauplanung und -durchführung erweist sich als weiteres Hindernis, Verwaltungsstrukturen auf der Provinz- und lokalen Ebene sind kaum einbezogen. Unübersichtlich wird die Situation vor Ort, wo neben großen internationalen Organisationen zahlreiche kleinere Nichtregierungsorganisationen und Privatinitiativen arbeiten, oft ohne Abstimmung mit den lokalen Behörden. Ohne umfassende Koordinierung ist es jedoch unmöglich, einen Überblick darüber zu bekommen, wer bereits Unterstützung erhalten hat bzw. welche Prioritäten zu setzen sind. Auf zunehmende Kritik stoßen zahlreiche Sekten und Freikirchen, die unter den Tsunami-Opfern missionieren und Unter-

stützung von der Teilnahme an ihren Gottesdiensten abhängig machen. Unklar ist weiterhin, wo alle diejenigen wieder angesiedelt werden sollen, die vor der Katastrophe innerhalb eines 100 m breiten Küstenstreifens gewohnt haben. Die Regierung will diese Zone als Pufferstreifen zur Risikominderung bei zukünftigen Katastrophen einrichten und hat versprochen, allen Betroffenen neues Bauland zuzuweisen. Die meisten Opfer, die dort zuvor lebten, sind jedoch Fischer, die wenig Interesse daran haben, ins Inland umgesiedelt zu werden. Zwar gab es schon lange eine gesetzliche Regelung, die den Hausbau in unmittelbarer Strandnähe untersagte, allerdings war sie nie umgesetzt worden. Vor allem im Süden und Osten war der Küstenstreifen vor dem Tsunami eng bebaut. Allen, die trotz des ausgesprochenen Verbotes in der 100 m-Zone ihre Häuser wieder aufbauen, droht der Verlust jeglicher staatlicher Hilfe, auch sollen die Häuser nicht wieder an die Strom- und Wasserversorgung angeschlossen werden. Der Katastrophenbeauftragte der UN, der frühere US-Präsident Clinton, äußerte sich bei seinem Besuch in Sri Lanka skeptisch, ob die Regelung eingehalten werden kann. Bisher gibt es noch keine neue Gesetzesgrundlage für ein Bauverbot in unmittelbarer Strandnähe.

Ohne politische Stabilität rückt ein nachhaltiger Wiederaufbau in weite Ferne. Auch die Verhandlungen über den Joint Mechanism dürfen nicht vergessen lassen, dass im LTTE-kontrollierten Gebiet Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind; über Morde an Sympathisanten und Mitgliedern anderer tamilischer Organisationen sowie die Zwangsrekrutierung von Minderjährigen wird fast täglich in den Medien berichtet. Durch den Joint Mechanism könnte die LTTE jedoch erstmals in den politischen Prozess einbezogen werden und damit vonseiten der Regierung und der internationalen Gemeinschaft stärkerer Druck ausgeübt werden, um diese Situation zu verbessern.

AnsprechpartnerInnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: [Beate.Bartoldus@fes.de](mailto:Beate.Bartoldus@fes.de) (verantwortlich)

Dr. Paul Pasch, Tel.: 0228-883-510, E-Mail: [Paul.Pasch@fes.de](mailto:Paul.Pasch@fes.de)

Ulrike Ehnes, Tel.: 0228-883-508, E-Mail: [Ulrike.Ehnes@fes.de](mailto:Ulrike.Ehnes@fes.de)

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: [www.fes.de/asien](http://www.fes.de/asien).